

STADT STEINBACH (TAUNUS)

DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.	VL-157/2021/XIX
Federführende Abteilung:	1.2 Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Sachbearbeiter:	Patrik Hafener
Datum:	18.10.2021

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	01.11.2021	

Betreff:

**Antrag der FDP und SPD Fraktionen vom 13.10.2021:
Anwohnerparken in Steinbach**

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt ergebnisoffen zu prüfen, in welchen Teilen Steinbachs ein Anwohnerparken zum aktuellen Zeitpunkt sinnvoll und umsetzbar wäre. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beratung zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen haben sich FDP und SPD darauf verständigt die stetig aufkommende Frage des „Anwohnerparkens“ im Stadtgebiet fundiert überprüfen zu lassen, um den Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine fachlich korrekte Rückmeldung/Einschätzung geben zu können.

Mit dieser ergebnisoffenen Prüfung soll der Prozess in Gang gesetzt werden, ob ein „Anwohnerparken“, also das erlaubte Parken mittels Anwohnerausweis, ausgestellt durch die Stadt Steinbach, zielführend umsetzbar wäre.

Das „Anwohnerparken“ wird in der Steinbacher Stadtgesellschaft schon länger intensiv diskutiert. Mit dieser Prüfung soll auch festgestellt werden, ob es in unserer Stadt Nutzungskonflikte gibt, die ein Anwohnerparken sinnvoll machen. Auch der Aufwand für die Stadtverwaltung muss dabei sinngerichtet und lösungsorientiert überprüft werden. Mit diesem Antrag soll eine Fakten und Diskussionsgrundlage geschaffen und dann in der weiteren politischen Diskussion bewertet werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten sollen mit diesem Prüfantrag ermittelt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Astrid Gemke
Fraktionsvorsitzende

Moritz Kletzka
Fraktionsvorsitzender